

Wahrheit? Leider ausverkauft!  
Meyer-Wellmanns Mittwochskolumne  
24. September 2008

Politische Märchen aus Schwarz-Grünistan  
Wie die GAL ihr ökologisches Profil verliert  
und dafür alles auf die Bildung setzt



Natürlich, das ist ein absurder Gedanke. Aber tun wir mal so, nur zum Spaß, als könne man Politiker beim Wort nehmen. Dann müssten die Hamburger Grünen wohl spätestens am kommenden Dienstag aus dem bundesweit so neugierig beäugten ersten Bündnis mit der CDU aussteigen. Denn bis dahin wird ausgerechnet GAL-Umweltsenatorin Anja Hajduk aller Voraussicht nach das in der Öko-Partei so verhasste Mega-Kohlekraft in Hamburg-Moorburg genehmigen müssen – weil die bereits vor der Wahl von der CDU an Vattenfall gegebene Zusage offenbar gerichtsfest ist. Zu diesem Thema aber hatte die grüne Spitzenkandidatin Christa

Goetsch vor der Bürgerschaftswahl Anfang Februar zwei Sätze gesagt, die nicht interpretierbar sind – sondern stehen wie in Stein gemeißelt: „Wir legen uns fest. Mit uns wird keine Erlaubnis für das Kraftwerk erteilt werden.“ Das bedeutet: Wenn eine Erlaubnis erteilt werden muss, dann eben ohne die Grünen. Die müssten dann raus aus dem exotischen Bündnis mit CDU-Sonnyboy Ole von Beust.

Tatsächlich erscheint die Hamburger CDU-GAL-Koalition nur wenige Monate nach ihrem Zustandekommen heute bereits in einem völlig anderen Licht als noch im Frühjahr. Seinerzeit hatten sich die meisten Hamburger Kommentatoren gewundert, wie stark sich die kleinen Grünen gegen die starken Ole-Demokraten durchgesetzt hätten. Stadtbahn, Umweltzone, Klimaschutz, eine radikale Schulreform mit Einführung einer sechsjährigen Primarschule – mehr als die Hälfte des Koalitionsvertrages schien in grüner Tinte geschrieben.

Heute aber zeigt sich, dass viel weniger Öko in dieser Koalition steckt als vermutet: Der für schädlich erachteten erneuten Elbvertiefung haben die Grünen sofort zugestimmt, dem Kraftwerk Moorburg nun wohl mit Verzögerung. Mit der Wiedereinführung der hier als Stadtbahn bezeichneten modernen Straßenbahn geht es nicht recht voran – und bei der Umweltzone will man sich erstmal ansehen, was in all den anderen deutschen Metropo-

len so geschieht, die bereits Abgasobergrenzen für die in den Innenstädten fahrenden Autos eingeführt haben. Avantgarde sieht anders aus.

Da man es in punkto Ökologie bei den Grünen nicht so recht hinbekommt, liegt umso mehr Gewicht auf der Bildungspolitik. Zwar hat die GAL die von der CDU eingeführten Studiengebühren in den Koalitionsverhandlungen nicht abschaffen können. Immerhin aber hat sie eine Senkung erreicht – und eine „nachgelagerte Erhebung“, sprich: Gezahlt werden muss erst nach dem Studium und nur ab einer bestimmten Einkommensgrenze.

Wohl und Wehe der Grünen hängen nun aber vor allem von der großen Schulreform ab – der Einführung einer sechsjährigen Primarschule, mit der, das künftig kostenlose Vorschuljahr eingerechnet, sieben Jahre langes gemeinsames Lernen ermöglicht werden soll. Der weltweit erprobte Ansatz ist sicher sinnvoll – sinnvoller als ein Festhalten an der gewaltsamen Aufteilung nach vier Schuljahren in ein verstaubtes und erwiesenermaßen untaugliches dreigliedriges System allemal. Das grüne Konzept, Eltern, Schüler, Lehrer und Politiker vor Ort über regionale Schulkonferenzen bei der großen Reform mitreden zu lassen, entspricht dem basisdemokratisch orientierten grünen Partizipationsansatz – der schon an anderer Stelle bewiesen hat (etwa beim Ausbau des Hamburger Messegeländes), dass er helfen kann, Kompromisse bei konflikträchtigen Veränderungen zu finden. Und auf diese Weise Sinnvolles friedlich und im weitgehenden Konsens umzusetzen.

Dass die Reform allerdings erstmals 2011, also genau ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl greifen soll, birgt ein großes Risiko für die Grünen. Schließlich gibt es in den ersten Monaten und Jahren bei allen Veränderungen immer organisatorische Pannen und Probleme. Sollte es in den Schulen nicht ganz rund laufen, dürften viele Eltern der GAL bei der Bürgerschaftswahl 2012 die Quittung präsentieren.

Gefragt ist in dieser Sache nun vor allem die neue Bildungssenatorin, eine gewisse Christa Goetsch. Umsetzen kann sie ihr Projekt allerdings nur, wenn man sie nicht beim Wort nimmt. Würde man das tun, müsste sie nämlich einpacken und sich wieder auf die Oppositionsbank setzen. Denn schließlich: „Mit uns wird keine Erlaubnis für das Kraftwerk erteilt werden.“

Aber das war ja eh nur Spaß. Wer würde schon Politiker beim Wort nehmen? Täten wir das, läge die Mehrwertsteuer bei 14 Prozent, Münte hätte keine Rente mit 67 eingeführt, im Osten gäbe es blühende Landschaften und nach dem Mauerfall hätte der Herr Kohl die Steuern nicht erhöht, was er schließlich vor der Wahl ausgeschlossen hatte. Aber was für ein Mauerfall überhaupt? Es hätte ja nie etwas gegeben, das man hätte zu Fall bringen müssen.

Schließlich hat ein gewisser Herr Ulbricht, seinerzeit ein halbwegs prominenter Politiker, 1961 sein Wort gegeben: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten."